

Freisprüche rechtskräftig

In den Worms-Prozessen verzichtet die Staatsanwaltschaft auf Revision

MAINZ - Der strafrechtliche Teil der Wormser Kindesmißbrauchsprozesse ist zu Ende. Die Freisprüche bedeuten nicht zwangsläufig, daß Kinder aus den Heimen zu ihren Eltern zurückkommen.

Von unserem
Redaktionsmitglied
Reinhard Breidenbach

Die Freisprüche in den Worms-Verfahren sind amtlich und endgültig: Sowohl die Mainzer Staatsanwaltschaft als auch die Nebenkläger, juristische Interessenvertreter der laut Anklage betroffenen Kinder, hatten gegen die Freispruch-Urteile des Mainzer Landgerichts Revision eingelegt, zogen dieses Rechtsmittel nun aber zurück.

Im Dezember 1996, Januar, März und Juni 1997 hatten zwei Strafkammern insgesamt 24 Angeklagte freigesprochen.

Keine Erfolgsaussicht?

Der Mainzer Leitende Oberstaatsanwalt Puderbach hatte bereits vor Monaten erklart, die Revision beim Bundesgerichtshof werde nur aufrechterhalten, falls sein Haus bei nochmaliger Beleuchtung der Urteile Erfolgsaussichten für das Rechtsmittel feststelle.

Auch Geld könnte eine Rolle gespielt haben: Bei einer Niederlage in Karlsruhe wären neue Lasten auf die Staatskasse zugekommen. Die Kosten für die in Mainz beendeten Prozesse waren mit 6,5 Millionen Mark angegeben worden.

Beim Auftauchen der Würfel-Ende 1993 waren mehre-

re Kinder aus den beschuldigten Familien herausgenommen und in Heime gebracht worden. Schon vor, intensiv jedoch seit den Urteilen bemühen sich freigesprochene Eltern, bei Familien- und Vormundschaftsgericht Besuchsrechte zu erwirken oder ihre Kinder aus den Heimen zurückzubekommen. Die Entscheidungen sind noch nicht gefallen.

Gutachten in Arbeit

Das Wormser Jugendamt, Vormund mehrerer dieser Kinder, weist darauf hin, daß die Rechtskraft der strafrechtlichen Freisprüche nicht zwingend bedeute, daß die Kinder nun zu den Eltern zurückkommen. Familien- und Vormundschaftsrichter müßten noch andere Gesichtspunkte prüfen, so Jugendamtsleiter Furler; etwa die Frage, ob das Kind zurück wolle und wie seine psychische Verfassung im Heim oder zu Hause wäre. Gutachten würden sich derzeit mit diesen Fragen befassen und den Familien- und Vormundschaftsrichtern als Entscheidungshilfe vorgelegt. Die oft gehörte Argumentation, daß man freigesprochenen Eltern ihre Kinder nicht vorenthalten könne, relativiert Furler: „Es geht darum, was heute für die Kinder besser ist. Und wenn es für sie besser ist, im Heim zu bleiben, geht Kinderrecht vor Elternrecht.“

Nachdem die Staatsanwaltschaft die Revision zurücknahm, hätten Jugendamt und Nebenkläger das Rechtsmittel alleine weitertreiben können. Dies habe man, so der Jugendamtsleiter, aus zwei Gründen

unterlassen: auch der Stadtkasse erschien das finanzielle Risiko untragbar, so daß beim Scheitern der Revision immens Kosten vielleicht an den Kindern hängengeblieben wären. Der zweite, eher noch wichtigere Grund: „Wir hätten den Kindern nicht zumuten können, nochmals in den Zeugenstand zu gehen, wenn die Prozesse zum zweiten Mal aufgerollt worden wären“, so Furler.

Diesen Gesichtspunkt unterstreichen die Nebenklägerinnen Sabine Ollig und Birgit Kulzer: „Die Kinder wären womöglich durchgedreht, wenn sie erneut als Zeugen vor Gericht hätten auftreten müssen.“ Doch auch über die Rechtskraft der Freisprüche sind die Anwältinnen alles andere als glücklich. Sie gehen davon aus, „daß es sexuellen Mißbrauch gegeben hat.“ Die Mehrzahl der Angeklagten sei zwar wegen erwiesener Unschuld oder erheblichen Zweifeln an der Schuld freigesprochen worden, andere aber nur aus Mangel an Beweisen.

Zu kompliziert

Für die noch laufenden Besuchs- und Sorgerechtsverfahren seien die nun rechtskräftigen Freisprüche „von Gewicht, aber nicht allein entscheidend“, bestätigt Sabine Ollig.

Die Staatsanwaltschaft habe das Rechtsmittel vielleicht auch deshalb zurückgenommen, weil eine Revision „politisch nicht mehr gewollt war“. Von den Worms-Verfahren, meint die Anwältin, „will doch niemand in der Öffentlichkeit mehr was hören, das war zu lang und zu kompliziert.“